
Deutschland im „langen 20. Jahrhundert“

Rezension von: Ulrich Herbert,
Geschichte Deutschlands
im 20. Jahrhundert, Verlag C.H. Beck,
München 2014, 1.451 Seiten, gebunden,
€ 39,95; ISBN 978-3-406-66051-1.

Seit 2010 gibt der Verlag C.H. Beck die Reihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert“ heraus. Bislang sind die Bände zu Großbritannien (Autor Franz-Josef Brüggemeier, 2010), Italien (Hans Woller, 2010), Spanien (Walther L. Bernecker, 2010), Polen (Włodzimierz Borodziej, 2010), Jugoslawien (Marie-Janine Calic, 2010) und Russland (Dietmar Neutatz, 2013) erschienen.

Der nun vorliegende Band zu Deutschland, der mit über 1.400 Seiten bei Weitem umfangreichste der Reihe, stammt aus der Feder eines der renommiertesten deutschen Zeithistoriker: Ulrich Herbert ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er ist auch Herausgeber der Reihe, zu der dieser Band gehört.

Im Vorwort legt der Autor das Konzept der Reihe dar. Die Erzählung europäischer Geschichte des 20. Jahrhunderts müsse aus drei Perspektiven erfolgen:

1.) Im Verständnis der Bevölkerung ist Geschichte im Nationalen verwurzelt. Persönliche Erfahrungen, gesellschaftliche Traditionen, politische Optionen, kulturelle Orientierung und Alltagsvertrautheit beziehen sich in Europa nach wie vor zuerst auf das jeweilige Land. Und die Erfahrungsdifferen-

zen zwischen den EuropäerInnen entspringen nicht nur den Kategorien Klasse und Geschlecht, sondern gerade im 20. Jahrhundert Nationalität und ethnischer Zugehörigkeit. Ohne die nationalstaatliche Perspektive sind das 19. und das 20. Jahrhundert in Europa also nicht interpretierbar.

2.) Wichtige Entwicklungen erweisen sich aber als gesamteuropäisch bedeutsame Phänomene: Imperialismus, Erster Weltkrieg, Weltwirtschaftskrise, Bedrohung der „westlichen“ Orientierung Europas durch die autoritären Regime und die Totalitarismen Kommunismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg, Spaltung durch den Eisernen Vorhang, Kalter Krieg, Systemkonkurrenz, ökonomischer Wiederaufschwung, „goldenes Zeitalter“ des fordistischen Kapitalismus, soziale Demokratie, Ölpreisschocks, Schwenk zu neoliberaler Politik, Implosion des Kommunismus in Osteuropa, europäische Integration, Durchsetzung des finanzdominierten Kapitalismus. Neben Pfadabhängigkeiten sind mithin Konvergenzen zu berücksichtigen.

3.) Hinzu kommt, dass sich weltweite Tendenzen immer intensiver auf das Leben der EuropäerInnen und die europäische Politik auswirken (Stichwort „Globalisierung“): internationaler Handel und Kapitalströme schon vor dem Ersten Weltkrieg, Protektionismus in der Zwischenkriegszeit, UNO, Marshallplan, NATO, globale Auseinandersetzung zwischen den polaren Wirtschaftsordnungen und politischen Ordnungen, „Washington Consensus“ statt Bretton Woods-Ordnung, Übergang zum finanzdominierten Kapitalismus seit den 1980er-Jahren, globale Integration und Deregulierung der Finanzmärkte, weltweite digitale Vernet-

zung, Intensivierung des internationalen Handels, Aufbau globaler Wertschöpfungsketten durch multinationale Konzerne, Wanderungsströme.

Der Lösungsansatz der Reihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert“ ist folglich: „Die Geschichte der europäischen Staaten und Gesellschaften werden je für sich erzählt, aber zugleich im Kontext der europäischen Entwicklung und der globalen Verflechtungen.“ (S. 12)

Zu diesem Zweck haben sich Herausgeber und AutorInnen auf eine gemeinsame Struktur geeinigt, die allen Bänden (annäherungsweise) zugrunde liegt:

1.) Die AutorInnen der Einzelbände erzählen die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen im jeweiligen Nationalstaat in klassischer, diachroner Weise. Dabei versuchen sie, die Zusammenhänge zwischen den vier Untersuchungsfeldern aufzuzeigen. Im vorliegenden Band begrenzen die Epochenjahre 1918, 1933, 1945 und 1973 die fünf Abschnitte.

2.) Alle Bände enthalten ferner Querschnittskapitel, welche die jeweilige gesellschaftliche Lage um 1900, Mitte der 1920er-Jahre, im Zweiten Weltkrieg, Mitte der 1960er-Jahre und nach 1990 darstellen. (Etwaige Abweichungen von diesem zeitlichen Muster werden durch länderspezifische Besonderheiten gerechtfertigt.) Diese synchronen Einschübe ermöglichen den Vergleich zwischen den europäischen Gesellschaften.

Durch diese Erzählstruktur sollen Konvergenzen und Divergenzen deutlich, Alternativen erkennbar werden.

Im Gegensatz zu vielen anderen Darstellungen der Geschichte des 20. Jahrhunderts beziehen sich die Bände

der hier angesprochenen Reihe nicht auf das „kurze 20. Jahrhundert“ (1914-1989), sondern auf ein „langes“, das von den 1890er-Jahren bis etwa zur Jahrtausendwende reicht. Ohne die alle europäischen Gesellschaften erfassende, tiefgreifende Veränderungsdynamik der Zeit zwischen 1890 und 1914, die Durchsetzung des modernen Industriekapitalismus, den auf mehrere Erdteile ausgreifenden Imperialismus, die Intensivierung und Ausweitung der Staatstätigkeiten, die Entstehung moderner Massenparteien und die Entfaltung der Zivilgesellschaft, bleiben die nachfolgenden Entwicklungen unverständlich.

In seiner entwicklungsgeschichtlichen Darlegung verfolgt Ulrich Herbert im Deutschland-Band zwei Argumentationslinien. Die Erste nimmt Bezug auf die Zäsur des Jahres 1945:

Die deutsche Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts könnte nicht unterschiedlicher von der zweiten Hälfte sein. War jene gekennzeichnet von zwei Weltkriegen, der Weltwirtschaftskrise und der totalitären Diktatur des Nationalsozialismus, so brachte diese die annähernde Verwirklichung des normativen Projekts des Westens – Menschen- und Bürgerrechte, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, repräsentative Demokratie – und, noch darüber hinausgehend, einer sozialen Demokratie, beides zunächst freilich nur in einem der beiden deutschen Staaten, sowie politische Stabilität, Frieden und Wohlstand, wie sie nach 1945 völlig unerreichbar schienen. Die Menschen im östlichen Teil hatten das Pech, bis 1989 gezwungenermaßen in einem Satellitenstaat der Sowjetunion leben zu müssen, bekamen erst nach 1989 Gelegenheit, an der Freiheit und dem Wohlstand der Westdeutschen teilzuhaben.

Der zweite Argumentationsstrang bezieht sich auf die Durchsetzung der Industriegesellschaft in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg und die Auswirkungen dieser fundamentalen Umwälzung auf Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und insbesondere Politik während des 20. Jahrhunderts, überwölbt also die Zäsur des Jahres 1945. Diese Argumentationslinie ermöglicht es, das Jahrhundert der Hochmoderne von 1890 bis etwa 1990 als historische Einheit zu verstehen und zu analysieren, für die transnationale Entwicklungsprozesse prägend waren.

Die Suche nach einem gesellschaftlichen und politischen Ordnungsmodell prägte die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das liberalkapitalistische Ordnungsmodell verlor in der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre rasch an Legitimität und Überzeugungskraft. Die politischen Kräfte, welche das normative Projekt des Westens vertraten, wurden durch Anhänger totalitärer Herrschaftsmodelle – Nationalsozialismus und Kommunismus – herausgefordert. Diese beiden Gegenentwürfe stellten keine antimodernen Ordnungskonzepte dar, sondern andere Entwürfe zur Ordnung der modernen, industriegesellschaftlichen Welt. Deutschland war das einzige europäische Land, in dem beide radikalen Ideologien staatliche Form annahmen.

Immer wieder verweist Ulrich Herbert auf die Offenheit des Geschehens, auf mögliche andere Ausgänge: Der Erste Weltkrieg war noch im Juni 1914 abwendbar. Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928 erhielt die NSDAP nur 2,6% der Stimmen, usw.

In den 1950er- und 1960er-Jahren bildete sich in Westdeutschland – wie in den meisten anderen Gesellschaften Westeuropas – ein fordistisches

Regulationsregime heraus, welches in spezifischer Weise Kapitalismus und Sozialstaat integrierte, liberale Ideen mit indirekten Planungskonzepten verband und nationalstaatliche Orientierungen mit der Einbindung in die europäische Integration.

Der Übergang zum Postfordismus, der ab den späten 1970er-Jahren von den angelsächsischen Ländern ausging, erfolgte in Deutschland mit Verzögerung. Es waren paradoxerweise rot-grüne Regierungen, welche die Finanzialisierung, die Deregulierung der Finanzbranche und die Demontage tragender institutioneller Säulen des „Rheinischen Kapitalismus“ vorantrieben.

Abschließend sei ein Urteil des Autors über den finanzdominierten Kapitalismus des beginnenden 21. Jahrhunderts zitiert (S. 1250): „Der von politischen Fesseln und Bindungen weitgehend befreite Finanzkapitalismus hatte seine Dynamik bis zu einem Punkt getrieben, an dem die Auswirkungen einer Krise nicht nur für einzelne Unternehmen und Nationalwirtschaften, sondern weltweit katastrophale Folgen nach sich zogen. Dass im Moment der Katastrophe die Verluste der privaten Unternehmen auf die Staaten abgewälzt wurden, weil die Banken ‚systemrelevant‘, also zu groß waren, als dass die Regierungen die Folgen eines Zusammenbruchs hätten hinnehmen können, widersprach nicht nur allen Kriterien der Gerechtigkeit, sondern bereitete auch den Boden für eine jederzeit mögliche Wiederholung solcher hemmungsloser Risikogeschäfte, da ja im Notfall der Staat einsprang.“

Ulrich Herbert ist ein überzeugendes, klar strukturiertes, anregendes und durch seine Querverweise immer

wieder überraschendes Buch gelungen. Die Querschnittskapitel bieten den LeserInnen Informationen und Analysen, die sie in konventionellen Darstellungen vergeblich suchen wer-

den. Die beiden Argumentationsbögen erweisen sich als tragfähig und gegenseitig abstützend.

Martin Mailberg

EU-Infobrief: Europa und Internationales in kritischer und sozialer Perspektive – kostenlos beziehen

Bestellen!

Unter wien.arbeiterkammer.at/infobrief-bestellen können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.



Der EU-Infobrief erscheint 5x jährlich in digitalem Format und bietet kritische Analysen zu europäischen und internationalen Fragen. Dabei widmet sich die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK Wien insbesondere Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Der Anspruch ist nicht nur mehr Einblick in aktuelle Prozesse auf europäischer und internationaler Ebene zu geben, sondern gerade auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus aufzuzeigen. Kurze Artikel geben einen schnellen Überblick zu aktuellen Themen, Langbeiträge widmen sich vertiefenden Analysen, einschlägige Publikationen werden in knappen Rezensionen vorgestellt.



WIEN